

FORUM

Leserecho & Pressestimmen

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Gutes Beispiel

Zu: Hier spitzeln 6000 für Erdogan. Dass Integration gelingen kann, liegt auch an den Betroffenen selbst. Wer noch so sehr mit seinem Heimatland verbunden ist, nur türkisches Fernsehen sieht, kann hier keine Wurzeln schlagen. Für mich ist Serdar Yüksel ein gutes Beispiel dafür, wie es gelingen kann. **Sigrid Kobelt**, Bochum

Schade

Kommentar: Erdogan – großer Mann ganz klein. Was geschieht, wenn die EU-Gelder nicht mehr in die Türkei fließen? Wie geht es weiter mit der Türkei in der Nato? Wenn das türkische Volk seine Geschicke nicht selbst in die Hand nimmt, wird es in einer Diktatur landen. Schade für dieses schöne und fröhliche Volk! Wo sind die Demokraten in der Türkei?
Kurt Kostrawa, E-Mail

Völlig zerrüttet

Zu Merkel: Nazi-Vergleich ist absurd. Erdogans Nazi-Vergleich kann nicht nur als Affront gegen den deutschen Rechtsstaat bewertet werden, sondern muss im Zusammenhang mit dem Holocaust als Schlag ins Gesicht der Opfer gesehen werden, die im Dritten Reich tatsächlich unendliches Leid erfahren mussten. Das Verhältnis zur Türkei ist aus meiner Sicht auch nicht angespannt – es ist völlig zerrüttet! Und Sigmar Gabriel meint nun ernsthaft, dass es unsere (?) Aufgabe sei, diese Beziehungen wieder auf eine normale Ebene zu befördern? **Oliver Graf**, E-Mail

Wie Stubenarrest

Zu: Todesfahrt in den Kanal: Eine Woche Arrest. Zwei Menschen sind tot und es gibt es eine Woche Arrest mit anschließender Intensivbetreuung. Da werden einem Heranwachsenden die Konsequenzen für sein Handeln ganz klar aufgezeigt. In welcher un menschlichen Zeit habe ich eigentlich vor 40 Jahren gelebt? Ich habe eine Woche Stubenarrest schon für weitaus weniger bekommen – nicht ganz ernst zu nehmen, aber manche Dinge will man einfach mal ausgesprochen haben.
Karsten Neus, Bottrop

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an meinungsforum@waz.de

Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

PRESSESTIMMEN

„Viele Staaten haben Probleme, auf die Massenwanderungen menschlich und für die eigene Bevölkerung verkraftbar zu reagieren. Doch ist es ein entscheidender Unterschied, ob man pragmatisch versucht, Wanderungsbewegungen Hunderttausender zu ordnen oder ob man wenige Hundert Männer, Frauen und Kinder aus fremdenfeindlichen Erwägungen einfach wegsperret.“
Kölnische Rundschau zu Ungarns Flüchtlingspolitik

„Ungarn geht auf dem Weg der Repression erneut voran. Heuchelnde Empörung verbietet sich jedoch. Auch in Deutschland hatte es auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung ähnliche Pläne gegeben.“
Tagesspiegel zum gleichen Thema

Platz da für den Rhein-Ruhr-Express

Das RRR-Zeitalter beginnt monumental: Auf einer zehn Fußballfelder großen Fläche in Dortmund baut Siemens das Wartungswerk des neuen Regionalzuges

Von Michael Kohlstadt

Dortmund. Noch ist der Rhein-Ruhr-Express (RRX) das, was Landesverkehrsminister Michael Groschek eigentlich nicht mehr hören will: ein Geisterzug. Aufs Gleis gesetzt wird der RRX nämlich frühestens Ende 2018. Doch die lange Phase, in der der schnelle Regionalzug mehr oder weniger nur auf dem Papier oder in den Köpfen von Förderern wie dem des umtriebigen SPD-Ministers herumfuhr, neigt sich dem Ende entgegen. Ganz offenbar im Eiltempo. Ganz sicher aber monumental.



„Der RRX ist kein Geisterzug. Wir haben

die betriebliche Wirklichkeit erreicht.“

Michael Groschek (SPD), NRW-Verkehrsminister

Offiziell kommt es zwar erst am heutigen Mittwoch zum symbolischen ersten Spatenstich für das milliardenschwere Verkehrsprojekt (und das auch noch in Köln). In Wahrheit aber wird schon seit Wochen in Dortmund gebuddelt. Die Stadt ist östlicher Endpunkt der schnellen Regionallinie, die Millionen Pendler in Teilen schon ab 2019 im Viertelstundentakt vornehmlich durchs Revier schleusen soll, Düsseldorf und die Domstadt freilich nicht links liegen lässt.

Dortmund hatte vor knapp zwei Jahren den Zuschlag für das RRR-Depot bekommen – ein zentraler Punkt des Gesamtvorhabens. Im Endausbau sollen dort 82 RRR-Züge der Marke Siemens gewartet, gereinigt und repariert werden. Am Dienstag kam es mit der Grund-



Das Instandhaltungswerk für den Rhein-Ruhr-Express entsteht auf dem Gelände eines alten Güterbahnhofs in Dortmund. Im Bild gut zu sehen: die Stützen für die über 160 Meter lange Wartungshalle. FOTO: KAI KITSCHENBERG

steinlegung zum üblichen Baustart-Zeremonie für das auf einem weitläufigen ehemaligen Güterbahnhofsareal in der Dortmunder Nordstadt entstehende Werk.

70 000 Quadratmeter misst die hinter einem Baumarkt versteckte Riesenfläche, die sich bis zum benachbarten Logistikpark Westfalenhütte hinzieht. Das entspricht in der Fußballfeldermaßeinheit dem Faktor zehn. Gebaut wird darauf eine über 160 Meter lange, 63 Meter breite und mehr als zwölf Meter hohe Wartungshalle, in der sechs RRR-Züge gleichzeitig auf Vordermann gebracht werden können. Weitere Wartungsgleise, Reinigungsanlagen (unter anderem zur Entfernung von Graffiti-Gekritzel) und Unterflurmaschinen finden im üppig dimensionierten Außenbereich Platz.

Ein Novum für Regionalzüge: die digitale Ferndiagnose, die per Sensortechnik frühzeitig Mängel in den Fahrzeugen erkennen soll. „Hier entsteht das modernste Wartungswerk seiner Art“, betonte Siemens-Bahnsparten-Chef Jochen Eickholt. Das Unternehmen investiert insgesamt rund 80 Millionen Euro. 75 Jobs unter anderem für Industriemechaniker, Mechatroniker und Ingenieure entstehen laut Unternehmensmitteilung. Möglicherweise mehr, wie Eickholt am Dienstag andeutete.

Dem befürchteten Fachkräftemangel in technischen Berufen baut Siemens vor: Ausgebildet werden die künftigen RRR-Inspektoren schon jetzt in anderen Betriebsstätten des Konzerns, etwa im Krefelder RRR-Fahrzeugwerk. Mitte 2018 soll das Dortmunder Depot

dann in den Testbetrieb gehen. Regelmäßig rollen die ersten RRR-Züge zum Winterfahrplan 2018/19 über die Reviergleise. Minister Groschek legte sich am Dienstag gewohnt forsch sogar auf einen Termin für die RRR-Jungfernfahrt fest: „Nikolaus 2018.“

Wartung über 32 Jahre

■ Die am RRX beteiligten Zweckverbände, darunter der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), hatten Siemens 2015 mit der Lieferung von 82 Elektrotriebzügen vom Typ Desiro HC einschließlich der Wartung für 32 Jahre beauftragt. Die Züge werden im Siemens-Werk in Krefeld sowie in Wien gebaut.

Köln stößt Debatte um City-Maut und Dieserverbote an

Gegen hohe Schadstoffbelastung in den Städten

Essen/Köln. Im Streit für eine bessere Luft in den von Staus und dichtem Pkw-Verkehr gebeutelten NRW-Kommunen hat die Stadt Köln eine City-Maut und Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge in der Innenstadt ins Gespräch gebracht. Der Kölner Umweltdezernent Harald Rau (parteilos) sagte, er sei ein Fan der City-Maut, weil sie eine Verhaltenssteuerung der Autofahrer bewirke. „Der Individualverkehr in Köln muss unattraktiver werden“, sagte Rau dem „Kölner Stadtanzeiger“. Vorbild sei London, wo Autofahrer bereits seit 2003 für Innenstadt-Fahrten bezahlen. Ein City-Verbot für Diesel-Wagen an bestimmten Wochentagen sei zudem 2018 denkbar, so Rau weiter.

Derzeit erarbeitet Köln ein Konzept, wie die zu hohe Schadstoffbelastung verringert werden kann. Seit 2010 gelten strenge EU-Regeln für Stickoxide. Bundesweit werden diese Grenzwerte immer wieder überschritten. Deutschland droht deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU; Köln wurde – wie auch die Stadt Düsseldorf – wegen der überschrittenen Grenzwerte von der Deutschen Umwelthilfe verklagt.



Das Vorbild für Köln ist die Londoner City-Maut: Haben Sie bezahlt? FOTO: IMAGO

Der Vorstoß des Umweltdezernenten indes erscheint chancenlos: Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) distanzierte sich bereits am Dienstag von Dieserverboten und der Idee einer City-Maut. Letztere gilt in London zudem bereits als überholungsbedürftig: Obwohl Autobesitzer bis zu 11,50 Pfund bzw. 13,50 Euro am Tag fürs Einfahren in die Innenstadt zahlen, herrscht in den Straßen Stau.

Erst im Februar hatte die grün-schwarze Landesregierung Baden-Württembergs beschlossen, alte Dieselfahrzeuge ab 2018 aus Stuttgart auszuschließen. Die Landeshauptstadt ist damit die erste Stadt in Deutschland, in der solche Fahrverbote verhängt werden. *stew*

Polizisten und Soldaten üben erstmals gemeinsam den Ernstfall

Fiktiver Anti-Terror-Einsatz am Flughafen

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat die Beteiligung der Bundeswehr an der ersten länderübergreifenden Anti-Terror-Übung in Deutschland verteidigt. Angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus müsse daran gedacht werden, wie die Streitkräfte die Polizei unterstützen könnten. „In Einzelfällen“ sei eine solche ergänzende Hilfe für die Polizei durch Soldaten möglich und sinnvoll, sagte Jäger am Dienstag in Düsseldorf.

An der Großübung „Getex“ (Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise) sind bis Donnerstag das Bundesinnenministerium, 360 Soldaten der Bundeswehr sowie die Länder NRW, Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen beteiligt. Geübt wird der Einsatz in einer komplexen Terrorisituation mit mehreren zeitgleich stattfindenden Anschlägen. Der NRW-Krisenstab trainiert im Innenministerium in Düsseldorf. Rund 100 Beteiligte werden unter anderem mit einem fiktiven Anschlag auf den Flughafen Düsseldorf mit vielen Schwerverletzten konfrontiert. In

dem Szenario legen die Terroristen mehrere Sprengfallen, die von Experten der Streitkräfte entschärft werden. „In solchen Fällen ist die Expertise der Bundeswehr nötig“, erklärte Jäger.

Keine Soldaten in den Straßen

Es sei zwar unwahrscheinlich, dass sich eine Terrorlage, wie sie in der Übung beschrieben wird, tatsächlich ereigne, sagte der Minister. Dennoch sei es wichtig, das Verhalten in unübersichtlichen Situationen zu trainieren. Insbesondere müsse die Bevölkerung „sachgerecht“ informiert werden. Dies sei nötig, weil in solchen Fällen Halbwahrheiten über soziale Netzwerke verbreitet würden. Die „Stabsrahmenübung“ ist für die Bevölkerung unsichtbar. Lagezentren und Behörden üben zwar die Zusammenarbeit, schicken aber keine Einsatzkräfte auf die Straße.

Das Grundgesetz erlaubt den Einsatz der Armee bei schweren Unglücksfällen, wenn die Polizei die Situation selbst nicht mehr beherrscht und Unterstützung braucht. Die Soldaten handeln dann allerdings unter der Leitung der Polizei, auch bei einem schweren Terroranschlag.

Gelsenkirchen bittet Sachsen zur Kasse

Kosten für zugezogene Flüchtlinge berechnet

Gelsenkirchen. Die Stadt Gelsenkirchen fordert von Sachsen und Sachsen-Anhalt rund 575 000 Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen ein, die ursprünglich den beiden ostdeutschen Ländern zugewiesen waren, aber in Gelsenkirchen gewohnt haben. Konkret gehe es um 350 anerkannte Asylbewerber und Schutzberechtigte, die nach NRW gezogen sind und dort versorgt wurden.

„Sachsen und Sachsen-Anhalt haben für die Unterbringung von Flüchtlingen Geld vom Bund erhalten“, zitiert die Stadt aus einem Schreiben des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters Frank Baranowski (SPD) an die Ministerpräsidenten der beiden Länder. „Diese Menschen haben aber gar nicht dort gelebt und somit auch keine Kosten verursachen können.“

Laut einem Bericht des MDR geht es um 6,2 Millionen Euro, die Sachsen und Sachsen-Anhalt für längst verzogene Flüchtlinge erhalten haben. Gelsenkirchen erwarte, dass dieses Geld an die Zuzugs-Kommunen weitergeleitet werde, heißt es in dem Schreiben. Das sei eine Frage der Solidarität zwischen Ländern und Kommunen – eine rechtliche verpflichtende Grundlage für diese Forderung gibt es allerdings nicht.

Mit der 2016 im Integrationsgesetz verabschiedeten Residenzpflicht werden solche Umzüge von Flüchtlingen eingedämmt. Für maximal drei Jahre darf der Staat anerkannten Flüchtlingen ohne Job den Wohnort vorschreiben. *jös*

Wendt ist „erstaunt“ über Minister Jäger



Rainer Wendt FOTO: DPA

Düsseldorf. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt wehrt sich gegen Vorwürfe, er kassiere doppeltes Gehalt. „Was läuft da für eine miese Kampagne?“, fragte er gegenüber der „Rheinischen Post“ (Mittwochausgabe). Die Äußerung von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD), keine Details zu kennen, kommentierte er mit den Worten: „Ich bin erstaunt darüber.“ Weitere Einzelheiten wollte er mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen nicht nennen. Er bestritt aber energisch, zwei Gehälter zu beziehen. „Ich bekomme ein Teilzeitgehalt vom Land und eine Aufwandsentschädigung von der Gewerkschaft“, sagte Wendt. Beide Bezüge zusammen entsprächen dem Gehalt eines Hauptkommissars von rund 4400 Euro im Monat.

Blitzer-Panne: 10 000 Einsprüche

Köln. Nach der Blitzer-Panne von Köln sind bei der Stadt bislang rund 10 000 Anträge auf Rückerstattung von Buß- und Verwarnungsgeldern eingegangen. Das teilte die Stadtverwaltung jetzt mit. Noch bis zum 30. Juni können Autofahrer in Köln das zu Unrecht einkassierte Geld zurückerfordern. Ursache für die sogenannte Blitzer-Posse war ein nicht richtig ausgeschildertes Tempolimit auf der Autobahn A3 im vergangenen Jahr. Hunderttausendfach wurden damals Autofahrer zu Unrecht geblitzt.